



SIMONIS SEHCENTRUM
MIT BLICK FÜR SIE.
Städtle 1 Vaduz
Tel. +423/262 70 70
www.sehzentrum.li



GEBURTENRATE
Nach zwei Jahren der Steigerung ist die Geburtenrate Liechtensteins anno 2006 wieder gesunken. **2**



SKISPASS
In Malbun werden die Ticketpreise für das Skifahren – entgegen dem regionalen Trend – nicht erhöht. **7**



WELTWEIT
Oft landen Wirtschaftsdelikte nicht vor Gericht. FraudNet hilft Opfern von Wirtschaftskriminalität. **11**



STARTSCHUSS
Der SRC Vaduz startet heute mit der Kracher-Partei gegen Meister Vitis Schlieren in die NLA-Saison. **23**

NEWSMIX

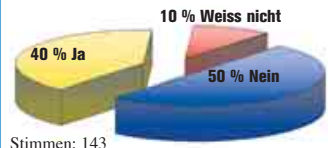
Diskussion um eingetragene Partnerschaft in Österreich

WIEN – Die österreichische Justizministerin Maria Berger (SPÖ) hat gestern einen Gesetzesentwurf zur Absicherung von eingetragenen Partnerschaften für Homosexuelle vorgelegt. Der Vorschlag soll gleichgeschlechtlichen Partnern gleiche Rechte wie heterosexuellen Ehepartnern geben. Die Regelung zur eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle ähnelt in vielen Bereichen dem traditionellen Eherecht. Damit hätten die Partner einer solchen Verbindung die gleichen zivilrechtlichen Pflichten, aber auch die gleichen Rechte wie verheiratete Personen. (sda)

INTERNETUMFRAGE

Resultat der Internetumfrage

Soll die Parkplatzanzahl bei Neubauten eingeschränkt werden?



Stimmen: 143

Die Frage ab heute: Wird sich das Liechtensteiner Bier, das Anfang Dezember auf den Markt kommt, behaupten können?

www.volksblatt.li

INHALT

| | | | |
|------------|-------|---------------|----|
| Inland | 2-9 | Kino | 34 |
| Ausland | 10 | Wetter | 34 |
| Wirtschaft | 11-18 | TV | 35 |
| Sport | 19-23 | International | 36 |

www.volksblatt.li



Fr. 1.80 Tel. +423/237 51 51
130. JAHRGANG, NR. 240 Verbund Südostschweiz

ANZEIGE

VOLKSCARD
GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur
Bei uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das
VOLKSBLATT
abonnieren
13 Monate für CHF 225.-

Die günstigste Tageszeitung Liechtensteins

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als
VOLKSBLATT-Abonnent
von Vorzugspreisen

Einen Schritt weiter

Regierung soll gesetzliche Regelungen für gleichgeschlechtliche Paare erarbeiten

VADUZ – Die Debatte war mit Spannung erwartet worden. Sollen gleichgeschlechtliche Paare eine gesetzliche Grundlage erhalten oder nicht? Die Volksvertreter diskutierten sachlich und ausgiebig und entschieden sich am Ende mit deutlicher Mehrheit dafür.

• Holger Franke

«Die Regierung wird beauftragt, eine Gesetzesvorlage betreffend die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare zu erarbeiten und diese dem Landtag vorzulegen. Die Gesetzesvorlage soll die rechtlichen Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren beseitigen und für sie Möglichkeiten schaffen, ihre Beziehung rechtlich abzusichern.» Diesem Wortlaut einer Motion der Freien Liste stimmten am Ende 19 der 25 Abgeordneten zu. Eine nüchtern klingende Formulierung, in die aber ein nicht unbedeutender Anteil der liechtensteinischen Bevölkerung grosse Hoffnungen setzt. Nach internationalen Vergleichszahlen dürften in Liechtenstein etwa 1700–2500 homosexuelle Menschen leben.

Handlungsbedarf erkannt

In der Debatte wurde eines deutlich: Der Handlungsbedarf wurde parteiübergreifend erkannt. Vertreter aller Parteien sprachen sich dafür aus, dass auch für gleichgeschlechtliche Paare diverse Fragen, insbesondere erbrechtliche, mietrechtliche, steuerrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Fragen geklärt werden müssen. Deutlich wurde in verschiedenen Voten aber auch: Eine Gleichstellung zur Ehe kommt nicht infrage – auch die Freie Liste führte in ihrer Begründung aus, dass dies nicht beabsichtigt sei.

Marcus Büchel (FBP) machte deutlich, dass er bereit ist, gewisse rechtliche Anpassungen vorzunehmen, der rechtlichen Gleichstellung mit einer Ehe erteilt er aber eine



Mit deutlicher Mehrheit stimmten die Volksvertreter einer Petition von Amnesty International Liechtenstein und einer Motion der Freien Liste zu. Wer wie gestimmt hat, lesen Sie auf Seite 3.

deutliche Absage. Büchel verdeutlichte zudem, dass sich in Liechtenstein wohl nur wenige gleichgeschlechtliche Paare registrieren lassen würden. In der Schweiz mussten in diesem Zusammenhang rund 30 Gesetze und Verordnungen angepasst werden, was einen enormen Aufwand darstelle.

Günther Kranz (VU) verdeutlichte den zu erwartenden Bedarf anhand einer Untersuchung des deutschen Max-Planck-Instituts. Demnach hätten in Dänemark, Schweden und Norwegen lediglich 0,76 % der gleichgeschlechtlichen Paare ihre Beziehung registrieren lassen, in Deutschland waren es 2,7 %. Paul Vogt (FL) unterstützte die These, dass sich vermutlich nur wenige Paare in Liechtenstein registrieren lassen würden. Letztlich gehe es aber auch um eine symbolische Wirkung: «Der Staat würde zeigen, dass er alle Menschen gleich behandelt. – Im Europäischen Jahr

der Chancengleichheit wäre dies auch ein wichtiges Symbol nach aussen», so Vogt.

Klarer, aber schwieriger Auftrag an die Regierung

Änderungen im Erbrecht, der Sozialversicherung, der beruflichen Altersvorsorge, der AHV und IV, fremdenpolizeiliche Überlegungen, Fragen des Familiennachzuges – in der Debatte wurden bereits zahlreiche Aspekte diskutiert, die eine künftige Gesetzesvorlage umfassen sollte. Einigkeit bestand darin, dass diese Aufgabe für die Regierung nicht leicht werden dürfte und einige Zeit beanspruchen werde.

Insbesondere, da die von vielen favorisierte Schweizer Gesetzgebung nicht ohne Weiteres auf das auf österreichischem Recht basierende liechtensteinische Recht übertragen werden könnte, wie Gebhard Negele (VU) argumentierte. «Das benötigt Zeit und die Regierung sollte sich diese Zeit auch nehmen – ich hoffe, dass am

Ende eine fundierte Gesetzesvorlage entsteht», betonte Negele.

Gemischte Reaktionen

In einer ersten Stellungnahme äusserste sich Generalvikar Markus Walser vom Erzbistum Vaduz gegenüber Radio Liechtenstein skeptisch zur Entscheidung des Landtags. Walser sieht für die Einführung von gesetzlichen Bestimmungen keine Notwendigkeit. Ehe und Familien müssten unterstützt werden und es gebe keine Gründe, gleichgeschlechtliche Partnerschaften gleichzusetzen. «Im Hinblick auf die demografische Entwicklung halte ich das für einen Schritt in die völlig verkehrte Richtung», so Walser.

Der Präsident der Liechtensteiner Homosexuellen Vereinigung Flay, Patrick Risch, zeigte sich hingegen sehr erfreut. Der aus seiner Sicht erfreuliche Ausgang der Debatte habe sich bereits im Gespräch mit den Parteien in der vergangenen Woche abgezeichnet, erklärte Risch gestern.

Verschärfung geplant

Neues Tabakgesetz in Österreich

BREGENZ – Eine Verschärfung des Tabakgesetzes zwingt die Gastronomie zu vorgezogenen Massnahmen: Statt erst 2012 müssen Gastronomen in Österreich bereits bis Juli 2008 in grösseren Lokalen rauchfreie Räume anbieten.

Noch wurde die Novellierung des Tabakgesetzes nicht ausverhandelt, doch über eine Bestimmung haben sich die beiden Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP geeinigt. Statt erst 2012 müssen Gastronomiebetriebe mit einer Fläche von über 75 Quadratmetern bereits bis Juli 2008 in grösseren Lokalen rauchfreie Räume anbieten. Ob Gaststuben mit einer Fläche unter 75 Quadratmeter gar ganz rauchfrei zu führen sind, oder der Gastwirt das entscheiden kann – darüber gab es bei den beiden Grossparteien keine Übereinstimmung.

Gesundheitslandesrat Markus Wallner begrüsst die Stossrichtung des geplanten Gesetzes. «Doch wenn Lokalbesitzer die notwendigen Investitionen noch nicht bis 2008 tätigen können, muss man mit Augenmass umgehen.» Für zu lasch hält Lungenfacharzt Johannes Rothmund das geplante Gesetz. (Red.)

«Lex Blocher» in Kraft

Neue Ausländer- und Asylgesetzgebung

BERN – Der Bundesrat hat das neue Ausländer- und teilrevidierte Asylgesetz auf Anfang 2008 in Kraft gesetzt.

Weiter genehmigte er gestern die Ausführungsverordnungen dazu. Damit soll die Schweiz eine Verbesserung der Ausländer- und Asylpolitik erreichen und Missbräuche besser bekämpfen können.

Das Stimmvolk hatte im September 2006 das neue Ausländer- und das teilrevidierte Asylgesetz angenommen. Teile des revidierten Asylgesetzes traten dann bereits Anfang 2007 in Kraft. Am Mitt-

woch beschloss der Bundesrat nun die vollständige Inkraftsetzung dieser Gesetze auf Anfang 2008. Mit dem teilrevidierten Asylgesetz wird nun der Sozialhilfestopp auf alle abgewiesenen Asylsuchenden ausgedehnt.

Zudem wird die finanzielle Abgeltung an die Kantone neu gestaltet, indem beispielsweise Globalpauschalen und Integrationspauschalen eingeführt werden. Probleme ortet das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) nach wie vor bei der hohen Zahl von abgewiesenen Asylbewerbern, die die Schweiz nicht verlassen. (ap)